

Winterthur, 26. August 2002

KR-Nr. 241/2002

**POSTULAT** von Willy Germann (CVP, Winterthur)

betreffend Neue Trägerschaft für das Opernhaus Zürich

---

Der Regierungsrat wird beauftragt, mit dem Bund Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, das Opernhaus Zürich zu „nationalisieren“ oder in eine erweiterte Trägerschaft einzubeziehen.

Willy Germann

Begründung:

Zürich erbringt überdurchschnittlich viele kulturelle Leistungen von nationaler Bedeutung für Besucher aus einem Einzugsgebiet weit über die Kantonsgrenzen hinaus. Diese Leistungen werden von Nachbarkantonen nur sehr spärlich abgegolten. Auch im neuen Finanzausgleich des Bundes werden kulturelle Zentrumsleistungen nur sehr schwach angerechnet. Dies im Gegensatz zu topographischen Lasten von Nachbarkantonen. Für seine Zentrumslasten erhält der Kanton Zürich sogar weniger Mittel als die Kantone Genf und Waadt.

Mit der Revision des Arbeitsrechtes bürdete der Bund zahlreichen Zürcher Kulturinstituten (und damit indirekt dem Kanton) zusätzliche Lasten in Millionenhöhe auf.

Angesichts wachsender Zentrumslasten des Kantons Zürich sowie des ungerechten Finanzausgleichs des Bundes wäre es ein Akt der Verhältnismässigkeit und Gerechtigkeit, wenn der Bund das Opernhaus übernehme oder sich zumindest an einer erweiterten Trägerschaft beteilige. Die Rechtsform könnte dabei wie bei der „Kantonalisierung“ gewahrt bleiben.

Die zunehmenden Zentrumslasten des Kantons Zürich sowie der Steuerwettbewerb mit dem entsprechenden Spardruck bergen die Gefahr in sich, dass der Kanton neben den hohen Beiträgen ans Opernhaus für andere Kulturförderung nicht genügend Mittel zur Verfügung hat. Dies widerspräche dem neuen Kulturförderungsleitbild des Regierungsrates.

Wird dem Kulturförderungsleitbild ohne zusätzliche Mittel nachgelebt, droht aber eine Umverteilung der Mittel zu Lasten des Opernhauses. Dies aber könnte die Qualität des Opernhauses beeinträchtigen, was letztlich zum Verlust eines wichtigen Standortvorteils führen könnte. „Weiche“ Standortvorteile sollten auch im Interesse des Bundes liegen.

Immerhin handelt es sich beim Opernhaus um ein Kulturinstitut mit einer internationalen Ausstrahlung.

Der Zeitpunkt für eine neue Trägerschaft für das Opernhaus ist gekommen, im Gegensatz zur Antwort auf die Interpellation Fosco betreffend Ausweitung der Trägerschaft für das Opernhaus Zürich (KR-Nr. 212/1991).